

Die Jahressubskriptionen...
Einzelhefte...
Abbestellen...

Die Jahressubskriptionen...
Einzelhefte...
Abbestellen...

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Marksturz / Notenvermehrung / Teuerung

Belebung der Spekulation

Die Besserung im Markkurs hat, wie zu erwarten war, nur kurze Zeit angehalten. Nachdem bereits an den letzten Tagen der Vormoche die Mark wieder erheblich zurückgegangen war, fiel sie gestern erneut. Der Dollarkurs, der am Sonnabend amtlich mit 217 notiert wurde, stieg gestern wieder auf 235. Infolgedessen trat auch erhebliche Kurserhöhungen bei den Industriepapieren in Erscheinung. Unter den fortlaufend notierten Papieren gewannen die Aktien der Hannoverischen Waggonfabrik zirka 250 Prozent, der Waggonfabrik Rathgeber zirka 240 Prozent, die der neulich besonders scharf rückgängigen Aktien der Oberschlesischen Kokswerke zirka 345, die der Harpener Bergbau Akt.-Ges. zirka 240 Prozent, der Rheinischen Stahlwerke zirka 250 Prozent, der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik zirka 430 Prozent, der Hartmann Maschinenfabrik zirka 220 Prozent und der Rheinischen Sprengstofffabriken zirka 200 Prozent.

Der Zusammenhang des Sturzes der Mark mit dem steigenden Notenumlauf ist diesmal besonders offenkundig. Nach dem jetzt vorliegenden Ausweis der Reichsbank vom 30. November ist die Steigerung des Notenumlaufs in der letzten Novemberwoche größer gewesen, als jemals in einer Woche vorher. Der Banknotenumlauf ist um 4479,9 Mill. Mark auf 100 943,6 Mill. Mark, der Umlauf an Darlehensfaktoren um 252,4 Mill. Mark auf 7329,6 Mill. Mark angewachsen. Insgesamt wurden also der Bank in der Berichtswache 4732,1 Mill. Mark an beiden Geldreihen neu abgefordert gegenüber 1450 Mill. Mark bzw. 1679 Mill. Mark in der Vergleichszeit der Jahre 1919 und 1920. Der Umlauf an Papiergeld ist somit auf über 108 Milliarden Mark gestiegen.

Dah diese unheimliche Anschwellung der Papiergeldflut erfolgt ist, ist die unverantwortliche Schuld der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien. Die eine hat durch ihr Schweigen und durch ihr Gehelassen der Dinge, die anderen haben durch ihre offene Ablehnung der Forderung unserer Partei, die restriktiven Besteuerungen scharf einzuziehen verhindert, daß der Vermehrung der Notenfut Einhalt geboten wurde. Sie tragen also auch die Schuld daran, daß die Spekulation neue Hoffnungen schöpft, sich auf Kosten der Massen bereichert und daß Preissteigerung und Teuerung ihren Siegeszug fortsetzen.

Die Teuerung verschärft sich

Die Aufstellungen der „Frankfurter Zeitung“ über die Entwicklung der Großhandelspreise zeigen eine weitere scharfe Zuspitzung. Insbesondere sind Lebens- und Genussmittel davon erfaßt. Seht man die hierfür Anfang des Vorjahres geltenden Preise gleich 100, so ergaben die Anfang Dezember 1921 geltenden Preise eine Punktzahl von 378, das heißt mit anderen

Worten, daß die heutigen Preise für Lebensmittel, verglichen mit Januar 1920, um fast das vierfache gestiegen sind. Zieht man aber zur Ermessung der Teuerung die Friedenspreise heran, so haben wir eine mehr als dreihundertprozentige Teuerung zu verzeichnen. Etwa dasselbe Verhältnis ergibt sich, wenn man auch die Teuerung in den anderen Warengruppen mit in Berücksichtigung zieht. Ganz ungeheuerlich ist indessen die Teuerung in den Textilwaren. Sie beträgt etwa das fünfundsechzigfache, während sie noch im Vormonat „nur“ eine sechsundvierzigfache war.

Vergleicht man damit die Gewinnabschlüsse in der Textilindustrie, so findet man freilich eine Erklärung für diese Preisentwicklung. Die Textilindustrie steht nämlich, was die Forcierung der Preise, die schnelle Ausnutzung und Ausbeutung der Massen anlangt, an allererster Stelle.

Das Existenzminimum

Nach den Berechnungen Dr. R. Kuczynskis ergibt sich als wöchentliches Existenzminimum für November 1921 in Groß-Berlin für einen Mann, bzw. für ein kinderloses Ehepaar, bzw. für ein Ehepaar mit 2 Kindern folgendes:

Ernährung	91	158	222
Wohnung	10	10	10
Heizung, Beleuchtung	31	31	31
Bekleidung	55	92	128
Sonstiges	57	87	118
November 1921	244	378	509
Oktober 1921	187	286	386
September 1921	171	260	349
August 1921	165	251	339
Juli 1921	156	237	324
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im November 1921 für einen alleinlebenden Mann 41 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 83 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 85 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 12 700 Mk., für das kinderlose Ehepaar 19 700 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 26 500 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum November 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 Mk. auf 244 Mk., d. h. auf das 14,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 378 Mk., d. h. auf das 17,0fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 509 Mk., d. h. auf das 17,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 6 Pf. wert.

Der drohende Termin

Der Nachrichten über Moratorium und Anleihe sind nach wie vor viele, doch ein klares Bild über den Stand der Dinge läßt sich noch immer nicht gewinnen. Es kommen Stimmen aus London und es kommen Stimmen aus Paris, aber die einen widersprechen den anderen. Wir wissen nicht, was England will und was Frankreich nicht will. Wir wissen auch nicht, welche Wege die deutsche Regierung beschritten hat oder zu beschreiten denkt. Der Reichskanzler hat in seiner großen Rede auf dem Pressefest im Reichstag Andeutungen gemacht, die so oder so ausgelegt werden können, und über all den Auseinandersetzungen, Kombinationen und Anregungen kommt der verhängnisvolle 15. Januar immer näher.

Als feststehend sind eigentlich nur zwei Tatsachen anzusehen: das Mahnschreiben der Reparationskommission ist am Sonntag offiziell in Berlin überreicht worden, und die deutsche Regierung hat bisher noch nicht um ein Moratorium angefragt. Daß das Schreiben der Kommission abgegangen sei, wurde bereits vor einigen Tagen gemeldet, und daß man um den Zahlungsaufschub nicht bitten werde, hervor Herr Rathenau aus England zurückgekehrt sei, ließ sich annehmen. Die beiden feststehenden Tatsachen geben uns also auch keine neuen Aufschlüsse über die Situation.

Klarer werden wir erst sehen, wenn die Ergebnisse der Rathenau'schen Reise vorliegen. Die Berichte über die Aufnahme, die keine Vorschläge gefunden haben, klingen im Gegensatz zu den reichlich optimistischen Darstellungen der ersten Tage neuerdings merkwürdig gedämpft, und der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, eine in der Regel sehr gut unterrichtete Persönlichkeit, spricht sogar unumwunden von dem Scheitern des Unternehmens. Was Rathenau im einzelnen gewollt hat, ist uns natürlich unbekannt, aber es bedarf keines besonderen Scharfsinnes, um zu der Vermutung zu kommen, daß er nach den Möglichkeiten zur Unterbringung einer Anleihe geforscht hat, sei es nun einer direkten Staatsanleihe oder eines Kredits auf dem Umweg über die deutsche Industrie. Wenn seine Bemühungen erfolglos geblieben sind, dann ist dieses ganze Projekt ausgeschaltet, und die Zahl der Türen, die uns noch offen bleiben, werden immer weniger.

Ein Londoner Sonntagsblatt und der bekannte Keynes sehen sich für eine Herabsetzung der Geldforderungen ganz allgemein ein und Keynes verlangt insbesondere eine Verminderung der am 15. Januar fälligen Zahlung von 500 auf 250 Goldmillionen. Die Reduzierung mag einmal kommen, aber daß sie in den nächsten Wochen Wirklichkeit wird, ist ausgeschlossen.

Was also soll werden? Moratorium — gut, Deutschland kann jetzt das Ersuchen um den Zahlungsaufschub der Reparationskommission unterbreiten. Aber niemand wird annehmen, daß wir ihn bedingungslos erhalten. In Frankreich wird immer nachdrücklicher von den „Garantien“ gesprochen, die Deutschland zu geben habe, und wenn es sich dabei wirklich nicht um territoriale Faustpfänder handeln sollte, so bleibt immer das Begehren nach der Herstellung des Gleichgewichts in unserem inneren Staatshaushalt. Ist Deutschland nicht in der Lage, ihm aus eigenem zu entsprechen, so wird es sicher kein Moratorium ohne gleichzeitige Finanzkontrolle erhalten, womit freilich noch nicht gesagt ist, daß es dieser Oberaufsicht entgeht, wenn der Reichstag tatsächlich bis zu dem kritischen Zeitpunkt die Steuern angenommen hat, deren Ertrag nach den nicht sehr glaubwürdigen Zusicherungen des Herrn Hermes das innere Defizit für das Finanzjahr 1922 aus der Welt schaffen soll.

Der Kanzler hat am Sonntag mit Nachdruck um die baldigste Verabschiedung der Steuergesetzentwürfe ersucht. Das ist zu begreifen, aber mit Verlaub: es kommt am Ende doch nicht nur auf die Fügigkeit, sondern auch auf die Richtigkeit an. Steuergesetze, deren Durchführung 40—50 Milliarden verspricht, lassen sich bis zum Januar schon zusammenschüttern, aber es ist doch nicht ganz gleichgültig, wer die Lasten tragen soll, und wenn Wirth ein deutlich sichtbares Opfer des Beschlusses verlangt, so muß ihm schon geantwortet werden, daß die jetzt zur Beratung stehenden Entwürfe nur in sehr bescheidenem Maße an die Opferwilligkeit des Besitzes appellieren, und daß der Besitz, wie sich aus den Verhandlungen des Steuerausschusses klar ergibt, nicht einmal geneigt ist, diesem bescheidenen Appell Folge zu leisten. Er will den breiten Massen des arbeitenden Volkes wieder einmal die Ehre überlassen, das Vaterland zu retten. Das Proletariat aber hat diese Ehre schon zur Genüge ausgekostet, endlich einmal soll der Kapitalist ihrer teilhaftig werden.

Noch ein Satz aus der Wirth'schen Rede verdient Beachtung. Er lautet: „Wir wollen aufrichtig und ehrlich den Gedanken der Bereitwilligkeit, auch in Deutschland Subskanzler zur Verfügung zu stellen, soweit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich und seine Ab-

Deutschlands Zahlungen

Briand will in der Kammer reden

Paris, 5. Dezember.

Wie der „Temps“ mitteilt, wird Ministerpräsident Briand in der morgigen Sitzung des Senats auf sofortige Diskussion der vorliegenden Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung bestehen. Der Ministerpräsident habe die Absicht, sich in klarer Weise nicht nur über die Orientfragen, sondern auch über die Fragen auszusprechen, die die zukünftigen Zahlungen Deutschlands betreffen. Die Interpellation, die über die auswärtige Politik in der Kammer eingebracht ist, wird voraussichtlich erst nach Erledigung der Budgetdebatte zur Verhandlung gelangen, wenn man nicht vorziehen sollte, sie bei der Besprechung des Budgets des Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten zu beraten.

Der „Intransigent“ bestätigt die Nachricht der Morgenblätter, daß der französische Botschafter in Berlin, Laurent, heute abend in Paris erwartet wird. Wahrscheinlich werde die Anwesenheit in Paris dazu benutzt werden, um sich mit ihm über die schwebenden Reparationsfragen und die letzten Zahlungen Deutschlands zu besprechen.

Die Angst vor der Wahrheit

Drahmeildung unseres Korrespondenten.

München, 5. Dezember.

Vor kurzem wurde offiziös gemeldet, daß der bayerische Ministerpräsident und Justizminister Graf Verchenfeld die bayerischen Ersatzanklagen, darunter die Festung Niederschönenfeld, besuchen werde. Nun schreibt die „Münchener Zeitung“, daß der Berliner Briefschiff in Verchenfeld den Entschluß habe fassen lassen, vorerst Niederschönenfeld nicht zu besuchen, und zwar deshalb nicht, damit nicht der Eindruck erweckt werden könnte, der Besuch erfolge unter dem Berliner Druck. Die Darlegungen des Regierungsvertreters im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags bezügl. den „Lügenklug“, der gegen die bayerische Regierung

wegen Niederschönenfeld geführt worden sei, so enthält und brandmarkt, daß sich ein Besuch des Ministerpräsidenten in Niederschönenfeld erübrige. Diese Darlegung muß, da sie in der „Münchener Zeitung“ steht, als Meinung der Regierung gelten. Wir haben allerdings die Auffassung, daß die plumpen Verleumdungen des Regierungsvertreters das Richtkauen gegen die bayerische Regierung nur noch verstärken. Wenn jetzt Verchenfeld nicht die Festung Niederschönenfeld besucht, dann muß es allerdings offenbar werden: „Es ist etwas faul im Staate Dänemark!“

Stadtverordnetenwahlen in Anhalt

Die Stadtverordneten- und Kreistagswahlen im Freistaat Anhalt hatten folgendes Ergebnis: Stadt Dessau: Sozialdemokraten 13, Volkspartei 6, Hausbesitzer 4, Unabhängige 2, Kommunisten 2, Demokraten 5, Deutschnationale 4 Sitze. Zusammen 19 bürgerliche und 17 sozialistische, bisher 18 bürgerliche und 18 sozialistische Sitze. Kreis Dessau: Sozialdemokraten 8, Landbund 2, Volkspartei 3, Unabhängige 1, Demokraten 3, Kommunisten 1, Deutschnationale 2 Sitze. Stadt Bernburg: Sozialdemokraten 11, Kommunisten 4, Vereinigte bürgerliche Liste 14, Deutschnationale 1 Sitze. Kreis Bernburg: Sozialdemokraten 8, Kommunisten 3, Unabhängige 1, Bürgerliche Arbeitgemeinschaft 8 Sitze. Stadt Köthen: Sozialdemokraten 11, Bürgerliche Vereinigung 10, Hochschulkolleg 3 Sitze. Kreis Köthen: Sozialdemokraten 9, Bürgerliche Parteien 7 Sitze. Stadt Zerbst: Sozialdemokraten 9, Unabhängige 1, Bürgerliche Arbeitgemeinschaft 12, Kommunisten 2 Sitze. Kreis Zerbst: Sozialdemokraten 6, Bürgerliche Parteien 9, Unabhängige 1 Sitze. Stadt Ballenstedt: Sozialdemokraten 6, Wirtschaftsbereinigende 12 Sitze. Kreis Ballenstedt: Sozialdemokraten 5, Kreis-Arbeitgemeinschaft 6, Unabhängige 1 Sitze. Stadt Köslitz: Sozialdemokraten 11, Unabhängige 3, Bürgerklub 6 Sitze.

Im Freistaat Anhalt sind nach der Spaltung die Organisationen der U. S. P. D. restlos zur B. K. P. D. übergetreten. Für die Kommunisten hat die Spaltung jedoch keinen Erfolg gebracht, vielmehr wurde durch sie, wie der Ausgang der Stadtverordnetenwahlen zeigt, der linke Flügel der Arbeiterbewegung zur Ohnmacht verdammt.

bedingung überhaupt ökonomisch durchführbar ist, in den nächsten Tagen verfolgen."

Dieser Passus läßt sich verschiedenartig deuten. Soll er die Entschlossenheit der Regierung ankündigen, endlich die Sachwerte zu erfassen, so ist er uns willkommen. Aber wir hüten uns, dem Kabinett doreilig Kränze zu winden. Erst müssen wir sicherere Unterlagen für ein Urteil haben, als sie uns durch die feistliche Ausdrucksweise der Pressevertreter und ihre Gäste aus der Berliner Gesellschaft gegeben sind. Auf jeden Fall darf es nicht heißen: Moratorium oder Sachwertveräußerung; beides ist erforderlich, und der Eingriff in die Vermögenssubstanz vor allem duldet keinen Aufschub mehr. Da der Besitz nicht freiwillig opfert, muß er zu dieser heiligen Handlung gezwungen werden. So wird dann auch die beste Voraussetzung für einen Zahlungsausschub geschaffen. Eile und Energie tun not; der Dollar steht wieder auf 228 und von dem Verfalltermin trennt uns nur noch eine Spanne von vierzig Tagen.

Barbaren

Von Hammerstein bis Heine

Wir haben in der Sonntagnummer den bekannten Heineschen Schießbefehl, der Anlaß zu vielen willkürlichen Erschießungen „auf der Flucht“ gegeben hat, im Wortlaut veröffentlicht und darauf hingewiesen, daß ein dertätiger, in seinen Auswirkungen barbarischer Befehl, einen Ausfluß jener Potsdamer Unkultur darstelle, die auch den republikanischen Staat immer noch entscheidend beeinflusse. Diese Potsdamer Unkultur ist leider erst nach dem Kriege zur vollen Entfaltung gekommen. Denn zur Zeit der junckerischen Polizeiwilktur in Preußen haben die Schießvorschriften der Polizei bei weitem nicht jene Befugnisse gegeben, auf die sie heute stützen kann. Der rechtssozialistische Polizeiminister Heine hat in dieser Beziehung sogar den preußischen Junker v. Hammerstein übertrumpft, der am 30. Mai 1902 folgende Schießvorschriften für die Polizei herausgegeben hat:

Die Beamten der Schutzmännerschaft sind ohne ausdrücklichen Befehl ihrer Vorgesetzten befugt, von den ihnen anvertrauten Waffen Gebrauch zu machen: a) wenn Gewalt oder Täuschlichkeit gegen sie selbst, während sie sich in Ausübung ihres Dienstes befinden, verübt wird, b) wenn auf strafbarer Tat betroffene Personen ihrer Aufforderung, ihnen zu folgen, nicht ohne tätliche Widerstand Folge leisten und vielmehr der Beschlagnahme mittelbarer Gegenstände oder ihrer persönlichen Verhaftung mit offener Gewalt oder mit gefährlichen Drohungen sich widersetzen, c) wenn sie auf andere Art den ihnen anvertrauten Posten nicht behaupten oder die ihnen anvertrauten Personen nicht beschützen können.

Es liegt ihnen jedoch auch in diesen Fällen ob, die Waffe mit möglichster Schonung, namentlich des Lebens, und nur dann zu gebrauchen, wenn alle anderen Mittel fruchtlos angewendet sind, und der Widerstand nicht anders als mit bewaffneter Hand überwinden werden kann.

Bei Anwendung der Waffe darf der Beamte absichtlich keine schwereren Verletzungen verursachen, als es für den zu erreichenden Zweck unumgänglich notwendig ist. Er darf sich der gefährlichen Schußwaffe nur dann bedienen, wenn nach seiner pflichtmäßigen Überzeugung die von ihm geführte mindergefährliche Schußwaffe nicht genügt. Eine Gefährdung unbeteiligter Personen ist unbedingt zu vermeiden. — Der Gebrauch der Waffe als Zwangsmittel ist nicht statthaft.

Damit vergleiche man den Erlaß des rechtssozialistischen Ministers Heine, durch den der vorstehende Erlaß des Junkers von Hammerstein außer Kraft gesetzt wurde. Gegenüber dem Heineschen Erlaß liest sich der Erlaß des Ministers Hammerstein wie ein Märchen. Wir können deshalb nur noch einmal wiederholen, was wir bereits in der Sonntagnummer gesagt haben: der Schießbefehl Heines ist ein Schandfleck für die Republik. Wird er nicht sofort aufgehoben, dann schändet sich die Republik vor der gesamten zivilisierten Welt, und der Minister, der heute noch einen derartigen Erlaß für notwendig erachtet, wird haßbar gemacht werden müssen für jede weitere willkürliche Erschießung, die auf Grund des Heineschen Schießbefehles erfolgen sollte.

Die Einigungsfrage

Unser Artikel aus der Sonntagnummer „Nach vorwärts“ wird in der gestrigen Abendausgabe der „Roten Fahne“ an leitender Stelle abgedruckt und mit folgenden Bemerkungen versehen:

Wir erachten es für notwendig, folgenden Leitartikel der Sonntagausgabe der „Freiheit“ der breitesten Öffentlichkeit der Arbeiter zugänglich zu machen. Derselbe Aufsatz kommt mehr als eine bloße Tagesbeurteilung zu. Er stammt offensichtlich aus den Kreisen der Parteileitung der U. S. V. und ist die beste Widerlegung der in letzten Tagen von der „Freiheit“-Redaktion vertretenen Politik. Die in diesem Artikel zurande gelegten Gedanken bedeuten eine Weiterführung jener Politik, die ihren Ausdruck in den Verhandlungen zwischen der Parteileitung der U. S. V. und U. S. F. fand.

Wir fordern auf, diesen Artikel zum Gegenstand von Diskussionen in den Betrieben zu machen. Eine ausführliche Stellungnahme behalten wir uns vor.

Die Redner in der Generalversammlung, die glauben, unsern Artikel zum Anlaß von Bormwürfen gegen uns machen zu können, werden mit Erstaunen erfahren, daß ihre Befürchtung, unser Artikel könnte gerade von links als Hindernis der Einigung angesehen werden, vollkommen ungerichtet ist. Die Meinungen der „Roten Fahne“ zeigen vielmehr, daß das kommunistische Zentralorgan den Grundgedanken unseres Artikels, im gemeinsamen Wirken und Kämpfen aller proletarischen Richtungen eine gemeinsame Basis für die Arbeiterbewegung zu finden, richtig erkannt und gewürdigt hat.

Nur in einem Punkt irrt die „Rote Fahne“. Der Artikel stammt nicht aus den Kreisen der Parteileitung, sondern ist redaktionellen Ursprungs. Die in dem Artikel zum Ausdruck gebrachten Meinungen sind auch keineswegs neu, sie entsprechen der Haltung, die wir fortgesetzt in der Einigungsfrage eingenommen haben. Wir möchten nun hoffen, daß die „Rote Fahne“ den Grundgedanken des Artikels nicht nur zustimmt, sondern auch nach ihnen handelt, und daß die kommunistische Partei die einer Verständigung aller sozialistischen Parteien im Wege stehende Putsch- und Provokationstaktik ganz unabweislich aufgibt.

Die Auflösung der Hundertschaft z. B. Den F. F. R. wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß der Erlaß betreffend die Auflösung der Hundertschaft z. B. W. nicht zurückgezogen sei. Die Auflösung der Hundertschaft sei im Gange und bleibe unberührt von dem Ausgang des Gerichtsverfahrens gegen Erzen und Pfenzer. — Wo ist aber, so fragen wir, der Erfolg? Darauf kommt es doch an!

Zwei Erklärungen

Klara Zetkin — Kommunistische Arbeitsgemeinschaft

Klara Zetkin veröffentlicht jetzt eine Erklärung gegen Paul Leoi, der ihr zum Vorwurf gemacht hatte, daß sie weder ihm, noch ihren früheren und jetzigen Freunden von dem Wohnstandkommen der Dokumente über den Märzputsch Mitteilung gemacht hätte. Sie erklärt, sie habe Leoi sofort nach ihrer Rückkehr von Moskau davon in Kenntnis gesetzt. Indessen habe Leoi erklärt, die Sache sei nicht so schlimm, da die Polizei sicher das Material längst in Händen habe und wahrscheinlich viel mehr über die Märzaktion wisse, als die Kommunisten erfahren haben. Die Polizei würde von vielen Spitzeln bedient und Leoi vermisse schon lange, daß sie einen besonders gut unterrichteten Spitzel in unmittelbarer Nähe des Zentralausführes der Partei habe.

Klara Zetkin versichert weiter, daß ihr die Dokumente erst eine Viertelstunde vor ihrer Abreise gebracht wurden. Sie wisse deshalb bis heute nicht einmal, was alles in den Dokumenten beschlagnahmt worden ist. Deshalb sei sie außerstande, mit Ja oder Nein auf die Frage zu antworten, ob Material ihr gehöre oder ihr bekannt sei, das ihr als angeblich bei ihr beschlagnahmt vorgelegt werden würde. An anderer Stelle aber betont sie, es solle nicht etwa abgeleugnet werden, daß einige der in den Protokollen aufgeführten Fälle der Wahrheit entsprächen. Die Richtigkeit der Dokumente wird also auch von Klara Zetkin nicht bestritten.

Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Das Gespenst der Märzaktion verfolgt die kommunistische Partei wie ihr Schatten und wird jeden politischen und organisatorischen Einfluß auf die nichtkommunistischen Proletarier im Reich verhindern, solange die Partei nicht den Mut aufbringt, in aller Öffentlichkeit ohne falsche Scham, ohne Rücksicht auf das Prestige sogenannter Führer, innerhalb der Deutschen Zentrale oder der Exekutive, abzurücken von Theorie und Praxis der Märzaktion, und dem deutschen Proletariat Garantien schafft, die ein nochmaliges Abgleiten der K.P.D. in anarchische und bakuninische Tendenzen verhindert.“

Die Zentrale der K.P.D. steht in dieser Situation in verlogenen Krämpfen, Erklärungen und Beschlüssen die Politik fort, die einen Betrug an den Arbeitern und die Deckung der Schulden an dem Märzverbrechen bedeutet.“

Sie stellt dann die Forderungen auf, diejenigen Führer zu entfernen, die terroristische oder Sabotageakte irgendwie förderten, außerdem fordert sie völlige materielle Unabhängigkeit von der kommunistischen Internationale.

Die gestohlenen Aktien

Vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin findet am 7. Dezember ein politischer Prozeß statt. Es handelt sich um eine Anklage gegen den Redakteur der „Germania“ Hermann Uth, wegen Beleidigung des Geheimrats Falkenhahn vom Landesfinanzamt Charlottenburg. Die Beleidigung wird gefunden in einem Artikel der „Germania“ vom 5. März 1921 mit der Überschrift „Ein unerklärter politischer Skandal“. In diesem Artikel wurde u. a. behauptet, daß einer der Hauptverantwortlichen im Kampf gegen Erzberger, der jetzige Chefredakteur der „Ostpreussischen Zeitung“, Dr. W. L. A., mit dem Abteilungsleiter Falkenhahn beim Landesfinanzamt Groß-Berlin direkt oder indirekt in engster Beziehung stehe. Dr. W. L. A. hat öffentlich erklärt, daß er niemals in irgend welcher Beziehung zu Falkenhahn gestanden habe und niemals Material in der Angelegenheit Erzberger von ihm erhalten habe. Bei der bevorstehenden Gerichtsverhandlung wird von der Verteidigung verjagt werden, die ganze Steueraffaire Erzbergers noch einmal aufzurufen, insbesondere auch den sogenannten Diebstahl der Steueraktien. Neben dem Reichsfinanzminister Wirth und zahlreichen anderen Zeugen ist auch Dr. W. L. A. als Zeuge geladen. Geheimrat Falkenhahn ist als Nebenkläger zugelassen.

Nationalistische Hehe

Die härtesten Stützen des Nationalismus sind die Professoren an den deutschen Hochschulen. Jeder nicht mit allen Baden mit in das nationalistiche Horn tutebende Gelehrte wird von ihnen auf das widerlichste bekämpft. Auseinandersetzungen dieser Art pflegen dann von diesen „Heiden“ ausgehoben zu werden mit Hilfe jener Kadaverelemente unter den Studenten, die in den Füßen wesentlich mehr Kraft haben, als Geist im Kopf. Ein derartiger Fall hat sich jetzt wiederum in Freiburg in Baden zugezogen. Dort hat der Historiker von Below, ein wütender Nationalist, durch einen anonymen Artikel in der Lokalpresse eine wüste Hehe gegen den Juristen, Professor Dr. Kantorowicz, dem Begründer des republikanischen Lehrerbundes, eingeleitet. Prof. Kantorowicz hatte in einer Basler Zeitung einen Artikel „Bismarcks Schatten“ mit fast pazifistischem Einschlag, jedoch durchaus unter Wahrung der nationalen Würde, geschrieben, der zu Lärm und Jähzornen im Kolleg des Professors führte. Trotzdem in einer allgemeinen Studentensammlung die einwandfreie vaterländische Gesinnung des Prof. Kantorowicz anerkannt und jede politische Agitation an der Universität abgelehnt wurde, setzte Prof. v. Below seine Hehe fort. Die rechtsstehende Presse bringt die wütendsten Angriffe gegen den Befehl der Studentenschaft. Jetzt soll der Streit im Senat der Universität ein Nachspiel haben.

Da diese Körperschaften bisher kein Übermaß von Objektivität bewiesen, wird man dem Ausgang der Sache nicht mit großen Hoffnungen begegnen dürfen.

Gefeklicher Anreiz zum Selbstmord

Reichstagsabgeordneter Genosse Aug. Karsten schreibt uns: Das kürzlich vom Reichstag verabschiedete Gesetz über Reichsstandsmaßnahmen in der Invalidenversicherung bietet neben der außerordentlichen Dürftigkeit in den Leistungen an die Rentenempfänger eine Leistungsdisziplinierung, die so recht zeigt, wie Gesetze gemacht werden. Für jedes unter 15 Jahre alte Kind eines Invaliden wird die Unterstutzung um 500 M. für das zweite und jedes weitere Kind um 600 M. jährlich erhöht. Der Betrag der Unterstutzung für eine Witwe beträgt demgegenüber 1200 M. im Jahre. Die Invalidenrente wird auf höchstens 3000 M., die Witwenrente auf höchstens 2100 M. jährlich erhöht.

Schon in dem Falle eines Invaliden mit 2 Kindern würde die Frau beim Tode ihres Mannes, eigene Invalidität vorausgesetzt, höhere Bezüge erhalten, als ihr Mann erhalten haben würde. Der Invaliden würde höchstens 4000 M. jährlich erhalten, nämlich 3000 M. für sich und 1000 M. für die 2 Kinder. Die Witwe hingegen kann 4400 M., nämlich 3000 M. für sich und 1400 M. für ihre zwei Wollen erhalten. Bei drei Kindern betragen die Bezüge 4500 M. für den Invaliden und 3700 M. für die Witwe. Bei 4 Kindern würde der Invaliden 5300 M. und die Witwe 9300 M. erhalten können.

Im Reichstagsausschuß wurde auf diesen unbillbaren Zustand von anderen Genossen hingewiesen, und schließlich wurde auch ein Gesetzesentwurf die Bestimmung aufgenommen, daß mindestens der Betrag dem Invaliden gewährt werden müsse, auf den im Falle seines Todes die Witwe Anspruch erheben könne. Damit wäre die Ungerechtigkeit beseitigt gewesen, wenn nicht im Plenum des Reichstages eine Zentrumsanfrage angenommen worden wäre, durch den diese Bestimmung wieder gestrichen wird. So bleibt die Tatsache bestehen, daß ein Invaliden, der es gut meint mit Frau und Kindern, am besten für diese sorgt, wenn er freiwillig aus dem Leben scheidet. Bei 5 und mehr Kindern lohnt sich dann ein Selbstmord, wenn die Frau, weil sie nicht selbst invalide ist, keine Witwenrente erhalten würde, da ja die Waisen-

rente bei 5 Kindern 6000 M. jährlich beträgt, während der Invaliden mit 5 Kindern nur 5700 M. jährlich zu beanspruchen hat. Bei noch mehr Kindern ist die Differenz noch größer.

Beschleunigung der Steuerrückzahlung

Im Hauptauschuß des Landtages wurden gestern die Staatsberatungen der allgemeinen Finanzverwaltung, der preussischen Zentralgenossenschaftsämtern sowie der Staatsschuldenverwaltung im Einklang zu Ende geführt. Nach einer kurzen Begründung des Genossen Abg. Meier wurde folgender Antrag der U. S. V. einstimmig angenommen:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, auf das Reichsfinanzministerium einzuwirken, die Rückzahlung der von den Lohn- und Gehaltsempfängern zuviel gezahlten direkten Steuern aus Gesicht der fortschreitenden Kollage zu beschleunigen.“

Zur Finanzfrage führte der Vertreter des erkrankten Ministers aus, daß die Einnahmen sich nach den wirklichen Ergebnissen um 149,9 Millionen erhöhen, so daß ein Fehlbetrag von 933,1 Millionen verbleibt, der im wesentlichen aus der geplanten Grundsteuer gedeckt werden soll. Auch das neue Etatsjahr 1922 wird wiederum mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen.

Betriebsrätekongreß der Metallindustrie

Der erste Tag

Leipzig, 5. Dezember.

Der erste Reichsbetriebsrätekongreß der Metallarbeiter wurde am Montag im Volkshaus eröffnet. Neben einer Reihe ausländischer Gäste sind Regierungsovertreter und deutsche Gewerkschaften und außerdem Vertreter industrieller Konzerne, wie A. E. G. und Siemenskongreß zugegen. Leipzig begrüßt die Erklärungen im Namen der Leipziger, ihm folgt Dörmann mit einer längeren Begrüßungsansprache. Den Kernpunkt der ersten Sitzung bildeten die Referate des Professors Lederer-Heidelberg über Weltwirtschaft und des Genossen Hilferding-Berlin über die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Lederer behandelte sein Thema in ebenso interessanter wie tiefgründiger Weise. Hilferding verwies in seinem Referat über die Wirtschaftslage in Deutschland vor allen Dingen auf die Inflation, die uns die Frage vorlege, wie wir aus den gegenwärtigen Verhältnissen herauskommen können. Sehr energisch plädierte er für die Notwendigkeit der Erfassung der Sachwerte. Er erörterte, wie durch die Behandlung der Steuerfrage durch die Regierung die Verhältnisse in Deutschland verschlimmert worden sind. Nach einer ziemlich kurzen Diskussion, die sich im allgemeinen im Rahmen der beiden Referate bewegte, folgten die Schlusssätze Ledereers und Hilferdings, worauf der erste Sitzungstag schloß.

Kohlenknappheit

Essen, 5. Dezember.

In der am 2. November stattgehabten Sitzung des Kohlenauschusses des Eisenwerkstättenverbandes wurde von den Vertretern der Verbraucher eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt:

Die erhöhte Beschäftigung der weiterverarbeitenden Eisenindustrie hat in letzter Zeit eine ganz gemaltige Steigerung des Kohlenverbrauchs herbeigeführt. 10 bis 20 fallstehende Hochöfen können nicht in Betrieb genommen werden, da nach den Angaben maßgebender Stellen bei der augenblicklichen Lage der Kohlenproduktion eine Mehrzuteilung von Koks an die Hochofenindustrie ganz ausgeschlossen ist. Es ist somit die Tatsache zu verzeichnen, daß ca. 2000 Kohlenverbraucher in Betracht kommende deutsche Eisenwerke, Maschinenfabriken und Stahlwerke die Hereinnahme von Aufträgen, besonders der äußerst lohnenden Auslandsaufträge, abzuwehren gezwungen sind, weil ihnen das zur Ausführung der Aufträge dringend benötigte Kohlen nicht zugeführt werden kann.

Der Kohlenauschuß des Eisenwerkstättenverbandes hat diese Angelegenheit eingehend erörtert. Er vertritt in der überwiegenden Mehrheit seiner Mitglieder, die sowohl den Kreisen der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher als auch in gleicher Anzahl den Kreisen der Arbeitnehmer angehören, die Auffassung, daß die einzige Möglichkeit zu einer ausreichenden Belieferung der kohlenverbrauchenden Industrie mit Kohlen unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen nur in einer Erhöhung der Kohlen- und Koksförderung zu erblicken ist. Der Ausschuß richtet deshalb an alle Stellen, denen die Beförderung der Wirtschaftslage nahelegen muß, die dringende Aufforderung, Mittel und Wege zu finden, die eine Erhöhung der Kohlenförderung gewährleisten.

Die Versorgungämter

Im neunzehnten Ausschuß des Reichstages wurden in den letzten Tagen Petitionen verhandelt. Eine Petition von Kriegerräten, die sich wieder verheiratet haben und Abfindung auf Grund des höheren Sätze zulassenden Militärversorgungsgesetzes forderten, wurden auf Antrag der U. S. V. der Regierung zur Erwägung überwiesen. Das gleiche geschah bei Petitionen wegen Erhöhung der Leistungszulage für Versorgungsberechtigte bis zu 100 Prozent. Ferner beschloß sich der Ausschuß mit einem drohenden Streik im Hauptversorgungsamt der Provinz Brandenburg. Dort ist der Vorsitzende des Betriebsrates wegen Beleidigung eines Angestellten fristlos entlassen worden. Trotz des Bestehens der Betriebsräte und der Vertreter der Kriegsbeschädigtenorganisationen lehnte das Arbeitsministerium jede Verhandlung über die Wiedereinstellung ab. Auf die Ausdrucksweise im Ausschuß hin erklärte sich der Vertreter des Arbeitsministeriums bereit, den Fall nochmals zu prüfen und dem Ausschuß Bericht zu erstatten. Interessant war, daß der Vertreter des Arbeitsministeriums für die Entlassung plötzlich einen neuen Grund, den des doppelten Dienstabzugs, erhob. Die Drohung mit dem Streik beantwortete er mit der Bemerkung, daß im Falle eines Streiks nur noch die „Arbeitsräte“ Angestellten wieder eingestellt würden. Von den Vertretern der U. S. V. wurden diese Meinungen energisch kritisiert, weil der Ausbruch eines Streiks in den Versorgungsämtern die Interessen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen schwer schädigen würde und das Reichsarbeitsministerium alles tun müsse, um ihn zu vermeiden.

Keine Beteiligung der Sozialisten an der belgischen Regierung. Die belgischen Sozialisten haben beschlossen, an der Bildung einer neuen Regierung sich vorläufig nicht zu beteiligen. Wenn der Augenblick für den Eintritt in die Regierung gekommen sein wird, soll ein neuer Kongreß abgehalten werden. Die neue Regierung wird jetzt von den Katholiken und Liberalen gebildet werden.

Der erste russische Goldtransport in Warschau. Die auf Grund des Rigauer Vertrages von der Sowjetregierung an Polen gezahlte erste Goldrate ist in 101 Kisten verpackt in Warschau eingetroffen. Der ganze Goldtransport wiegt 400 Tsd. und setzt sich teilweise aus Schmuckstücken, teilweise aus Bruchgold zusammen. Goldmünzen befinden sich verhältnismäßig wenig darunter, dagegen eine größere Menge Brillanten und Edelsteine. Die Sendung hat einen Wert von etwa 50 Millionen poln. Mark und ist in einer besonderen Schatzkammer der Polnischen Landesdarlehenskasse niedergelegt worden.

Für die Hungernden in Rußland

Internationale Konferenz der Hilfskomitees

Vor einigen Wochen hat das „Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterhilfe in Rußland“ zu einer Konferenz aller Hilfskomitees, die in Berlin am 4. Dezember stattfinden sollte, eingeladen. Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam), der die Sammlungen der Gewerkschaften und der großen proletarischen Parteien Europas zusammengefaßt und organisiert hat, erklärte jedoch, an einer solchen Konferenz nur teilnehmen zu können, wenn sie nicht von dem „Auslandskomitee der Arbeiterhilfe“, das durch dessen Sekretär Bill Rängenberg zu einer rein holländischen Parteipropagandastelle geworden ist, einberufen werde, sondern wenn die Initiative von der offiziellen russischen Vertretung ausgehe.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (I. A. S. P.), die ihre Sammlungen mit denen des Internationalen Gewerkschaftsbundes vereinigt hat, hat sich diesem durchaus gerechtfertigten Begehren vollständig angeschlossen. Ihm wurde auch zur Gänze entsprochen, indem die Kommission für Hungerhilfe bei der allrussischen Sowjetexkursion durch die auswärtige Vertretung Berlin eine neuerliche Einladung richtete, in der sie mitteilte, daß nunmehr die Einladung und Leitung der Konferenz ihr obliege. Damit werden die Hindernisse weggefallen, und es konnte sowohl der Internationale Gewerkschaftsbund als auch die I. A. S. P. an der Konferenz vertreten sein.

Der Gewerkschaftsbund vertrat, da Timmen (Amsterdam) im letzten Moment verhindert war, nach Berlin zu kommen, Grafmann vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Für die I. A. S. P. war Genosse Friedrich Adler (Wien) anwesend. Außerdem beteiligten sich eine Reihe kommunistischer und bürgerlicher Hilfskomitees und sympathisierender Vereine. Die Sitzung tagte Sonntag den ganzen Tag über im Bürgeraal des Berliner Rathauses unter dem Vorsitz des russischen Vertreters Krestinski, dem Grafmann und Klara Zetkin sowie ein Engländer und eine Vertreterin der Pariser „Clair“ zur Seite standen.

Den einleitenden Bericht über die Hungersnot in Rußland und ihre Bekämpfung erstattete Sigdor Kopp, der etwa folgendes ausführte: Als der Aufruhr Gorlis über die Not im Wolgagebiet in die Welt ging, konnte man sich noch kein klares Bild über die tatsächlichen Verhältnisse in den Hungergebieten machen. Es sieht heute fest, daß 20 Millionen Menschen hungern und davon 10 Millionen dem Verhungern nahe sind. Die Zahl der hungernden Kinder ist auf 5 Millionen zu veranschlagen. Die russische Sowjetregierung mußte alles unternehmen, um die fliehende Bevölkerung zurückzuhalten, damit die Winterzeit ermöglicht wurde. Trotz einer Mittelernie in Rußland wurden 12 Millionen Pud Saatgetreide für die bedrohten Gebiete zusammengebracht. Der Gesamtbedarf an Getreide für die Hungergebiete beträgt 300 Millionen Pud, davon 170 Millionen für die menschliche Ernährung, 46 Millionen Pud sind bisher nur geliefert. Die Antwort auf den Aufruhr zur Unterstützung des hungernden Rußlands ist trostlos genug. Ohne ausreichende Hilfe werden einige Millionen Menschen zugrunde gehen. Der Redner verlangte zum Schluß Hilfe in Form der Lieferung von Inzentar, Saatgetreide und Motorspähnen.

Der Vertreter der Antwerpener Gewerkschaftsinternationale, Grafmann, führte aus, daß der Wiederaufbau Rußlands Sache der gesamten Kulturwelt sei. Obwohl die bedrängtesten Länder dadurch, daß sie unter den Kriegesfolgen selbst am meisten leiden, nicht ihren Opfern in aller Weise betätigen können, hat der Internationale Gewerkschaftsbund in kurzer Zeit an die hundert Millionen Mark zusammengebracht. Für die aufgegebenen Gelder sind hochwertige Medikamente bereits abtransportiert oder kommen in der nächsten Woche zum Abtransport. Darüber hinaus wird der I. G. B. ein Kinderheim in Pleskau einrichten, in dem zunächst 1000 Kinder sechs bis neun Monate lang verpflegt werden sollen. Der Expeditionsschatz dieser Expedition sei bereits in Rostau. Obwohl der Gewerkschaftsbund mit dem bisher Geleisteten selbst unzufrieden sei, seien die Leistungen doch respektabel, wenn man die unzahligen Hemmnisse berücksichtigt. Der Gewerkschaftsbund wird auch in Zukunft seiner Arbeit zur Unterstützung des hungernden Rußlands nicht erschaffen.

Frau Adele Schreiber-Krieg von der Internationalen Vereinigung der Kinderhilfe teilte unter anderem mit, daß die englische Sektion der Kinderhilfe während des Winters die Speisung von täglich 250.000 Kindern beabsichtige. Auch die anderen Sektionen dieser Organisation beteiligten sich, soweit wie nur irgendmöglich, an dem Hilfswerk. Ein Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes gab bekannt, daß die Expedition des Deutschen Roten Kreuzes eine rein sanitäre sei. Nach Mitteilung des bereits in Kasan befindlichen Pflegerpersonals seien die Zustände in den Hungergebieten unbeschreiblich furchtbar.

Aus den übrigen Berichten ist nichts Wesentliches beizufügen, da sie zu einem beträchtlichen Teil bloß aus Sympathietumbegungen bestanden. Bei dem Punkte „Fortsetzung und Ausbau der Hungerhilfsaktion“ wurden eine Reihe von Anregungen gebracht, wie die Veranstaltung einer internationalen Lotterie für die Hungernden in Rußland, eine gemeinsame Aktion, um von den Regierungen Kredite zu erlangen usw. Alle diese Anregungen wurden dem Präsidium überwiesen, damit es aus denselben die praktisch möglichen Vorschläge formuliere.

Wenn auch in den Berichten nichts Wesentliches mitgeteilt worden ist, was nicht schon durch die Presse bekannt geworden war, so zeigte die Konferenz doch eindrucksvoll, wie warm das Mitgefühl mit den Hungernden in Rußland, insbesondere in der Arbeiterklasse Europas, ist und wie ernst der Wille aller Teilnehmer an der Konferenz ist, alles nur Mögliche zur Vinderung der entsetzlichen Not zu tun.

Die Beamtenbewegung

Abstimmung über einen Streik

Über die neuen Beamtenforderungen der Spitzenverbände haben wir berichtet. Die Beratungen mit der Regierung stehen nahe bevor, und es ist auch höchste Zeit, daß der mit der jüngsten Regelung begangene schwere Fehler wettgemacht wird. Es zeigt sich immer wieder, daß die Erregung unter den Beamten über die eben abgeschlossene Regelung sehr stark ist. Selbst das Vertrauen zu den Organisationen ist dadurch erschüttert worden. Das Provinzialpartei Berlin des Deutschen Beamtenbundes hatte für Freitag die Berliner Beamtenvereinigung zu einer Aussprache über die neue Besoldungsregelung eingeladen. Ueber diese Aussprache wird nun folgendes berichtet:

Der Vertreter des Provinzialpartei legte in seinem Referat dar, daß unter der undurchsichtigen innerpolitischen Lage ein anderes Resultat nicht zu erzielen war. Auch die übrigen mitwirkenden Spitzenorganisationen hätten diese Ansicht geteilt. Es seien aber sofort Schritte unternommen worden, um zu veranlassen, daß die

Kommunisten als Polizeispitzel

Enthüllungen im Württembergischen Landtag — Führer als Verräter

Der württembergische Landtag hat sich in der vorigen Woche mit der Verhaftung der Polizei befaßt. Der rechtssozialistische Abgeordnete Steinmayer machte dabei wertvolle Ausführungen über den Spitzelbetrieb innerhalb der kommunistischen Partei. Seine Ausführungen dürften der deutschen Arbeiterschaft nicht vorenthalten werden, weil sie dazu angetan sind, manches Dunkel in der kommunistischen Partei aufzuhellen. Steinmayer wies an der Hand von Dokumenten nach, daß die württembergische Polizei über alle Vorgänge in der kommunistischen Partei eingehend unterrichtet wird, und daß sie besonders auch über die Tätigkeit der sogenannten illegalen Organisationen der K. P. D. laufende Berichte erhält. Die Spitzel sitzen in den höchsten Körperstellen der Partei. Steinmayer führte nach einem Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“ etwa folgendes aus:

Die Kommunisten behaupten immer, sie würden von anderen Parteien heimgesucht. Tatsache ist aber, daß in ihren eigenen Reihen bis hinauf zur Zentralkommission Mitglieder sitzen, die gegen Bezahlung dauernd die intimsten Vorgänge an die Polizei verraten. Sämtliche Rundschreiben und sämtliche von der Stuttgarter Zentrale der K. P. D. herausgegebenen Schriftstücke von Bedeutung, vor allem alles wertvolle und vertrauliche Material wird der Polizei in die Hände gespielt. Der Ehrenmann, der seiner Partei diese Dienste leistet, erhält dafür monatlich 1500—2000 Mark. (Zurufe der Kommunisten: wer ist das?)

Steinmayer fortführend: Ich empfehle Ihnen, sich einmal bei Ihrem Bezirksvorsitzenden in Ravensburg zu erkundigen. Er wird Ihnen Auskunft geben können. Ein anderer kommunistischer Ehrenmann wohnt in Ulm. Dieser Herr hat in der Revolutionszeit ein sehr hohes kommunistisches Ehrenamt in einem Nachbarstaat bekleidet. Von ihm sind allein über 200 Berichte über kommunistische Führer und die illegale Organisation der Kommunisten in Württemberg und Bayern an die Polizei geliefert worden. Dieser Herr steht in intimsten Beziehungen zu dem kommunistischen Führer Werner in Ulm, Albert Schreiner in Stuttgart, K. Müller und Fischer in Ravensburg und außerdem mit bayerischen Kommunisten. Nähere Auskunft darüber wird Herr Dr. Franz Pipp in Ulm, ehemaliger Räteminister, erteilen können. Aus dem Geheimmaterial folgende kleine Wiedergaben:

Befolgsordnung zugunsten der unteren Besoldungsgruppen einer Revision unterzogen und das Gehalt dieser Beamten bedeutend heraufgesetzt wurde. Bisher wurde verlangt, daß jedem Beamten, dessen Erhöhung vierteljährlich nicht mindestens 2000 Mark betrage, die Differenz sofort nachgezahlt werde.

In der Aussprache forderten fast alle Redner, eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Regierungsangebotes in den Gewerkschaften vornehmen zu lassen. Allgemein wurde dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß, wenn auch die Führer das Vertrauen der Beamten verloren hätten, an dem Weiterbestehen des Deutschen Beamtenbundes nicht gezweifelt werden dürfe, da er allein die gegebene Vertretung aller Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, des Staates und der Gemeinden sei.

In den zur Annahme gelangten Entschlüssen wird u. a. eine sofortige Revision der Grundgehälter nach sozialen Gesichtspunkten mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 und die unverzügliche Auszahlung der sich heraus ergebenden Beträge gefordert, so daß unter allen Umständen noch vor Weihnachten eine größere Summe in die Hände der Beamten gelangt. Sollten die Regierungsstellen bei kurzfristigen Verhandlungen keine grundlegende Erklärung abgeben, so heißt es nach einer Entschließung, sofort vom Deutschen Beamtenbund planmäßige Vorbereitungen zur Abstimmung über einen eventuellen Streik vorzunehmen.

Wir brauchen die Organisationsleitungen nicht darüber aufzuklären, was eine solche Entschlüsselung und was dieses unumwunden ausgesprochene Mißtrauen gegen die Führer bedeuten. Aber wir hoffen, daß sich auch die Regierung darüber klar ist, was ein weiteres Sinken des Vertrauens der Beamten zu den Organisationen, mit denen die Regierung verhandeln muß, auch für sie bedeutet. Erfreulich ist es, daß die Berliner Beamtenschaft an ihrem Streikrecht festhält.

Ein verschärftes Streikreglement

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht ein Rundschreiben an die gewerkschaftlichen Ortsverbände, über dessen Herkunft sie sich leider nur sehr unklar ausdrückt. Sie schreibt, das Rundschreiben werde „von den Gewerkschaftsvorständen“ an die gewerkschaftlichen Ortsverbände gesandt, teilt aber nicht mit, von wem es der circa 50 Gewerkschaftsvorstände das Rundschreiben aushebt, oder ob es von allen Gewerkschaftsvorständen zugleich zur Verfügung kommt. Sie macht zugleich dem A. D. G. B. die heftigsten Vorwürfe wegen des Rundschreibens, so daß auch die Vermutung aufsteigt, daß die Urheberchaft dem Vorstand des A. D. G. B. zur Last gelegt werden kann.

Dennoch lohnt es, auf das Rundschreiben einzugehen. Es trägt den Titel „Vereinbarungen der deutschen Gewerkschaften über gemeinsames Vorgehen bei wilden Streiks“, eine Ueberschrift, die ebenfalls auf den Vorstand des A. D. G. B. als Quelle schließen läßt. Im allgemeinen enthält das Rundschreiben Anweisungen über die Taktik bei Streikbewegungen, die sich in ihren Grundzügen nahezu decken mit den Streikreglements, die jedem Gewerkschaftsstatut beigelegt sind. Es heißt da, daß die Arbeitsniederlegung nur als letztes und äußerstes gewerkschaftliches Kampfmittel anzuwenden ist; es wird aufgeführt, welche Gesichtspunkte bei der Entscheidung über einen Streik zu beachten sind; es wird betont, daß vor der Arbeitsniederlegung unter allen Umständen eine geheime Abstimmung stattfinden muß und daß der Streik nur als beschloffen gilt, wenn sich mindestens dreiviertel der Abstimmenden dafür erklären. Alle Streiks, die nicht nach diesen Richtlinien eingeleitet oder „gar plötzlich vom Faune gebrochen werden, haben als wilde Streiks zu gelten, die von keiner Gewerkschaft unterstützt werden dürfen“.

Sehr beachtenswert erscheint allerdings auch aus der darauffolgende Punkt 6 der Richtlinien, der sich mit der Bekämpfung wilder Streiks näher beschäftigt. Er lautet:

- a) Bei Ausbruch wilder Streiks treten die in Betracht kommenden Orts- bzw. Bezirksverwaltungen aller Organisationsrichtungen zu gemeinsamer Beratung zusammen und vereinbaren
- a) daß der wilde Streik von keiner der Gewerkschaften finanziert wird, auch nicht durch Sammlungen oder aus den Lokalkassen,
- b) wie am besten und für die Arbeitnehmer am vorteilhaftesten der Streik zu einem Arten und schnellen Ende gebracht wird; rein agitatorische Gesichtspunkte müssen hierbei unbedingt zurückgestellt werden;
- c) für die gewerkschaftlich disziplinierten Arbeitnehmer besteht im Falle eines wilden Streiks die Verpflichtung, getreu der Organisationsparole die Arbeit nicht niederzuliegen bzw. dieselbe sofort wieder auf-

zunehmen. Hat die Arbeitsniederlegung gegen den Willen der Organisation bereits stattgefunden, so haben die örtliche bzw. bezirksliche Führer in den Betrieben oder Mitgliederversammlungen die Verpflichtung, die Gewerkschaftsmitglieder in klarster Weise darauf hinzuweisen, daß sie die Arbeit aufzunehmen haben, da ihnen die Streiks- bzw. Mahnungsunterstützung nicht gewährt werden darf.

Die „Rote Fahne“ zieht einen Vergleich zwischen diesen Vereinbarungen und der Schlichtungsordnung und kommt zu dem Ergebnis, daß durch diese Vereinbarungen das gleiche erreicht werden soll, was die Regierung mit dem Entwurf zur Schlichtungsordnung bezweckt. Diese Gleichsetzung ist natürlich völlig unrichtig. Die Arbeitnehmer-Vertreter im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats haben die Schlichtungsordnung abgelehnt mit der Begründung, daß sie eine Erdrassellung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit zur Folge haben würde. Gegen eine solche Maßnahme der Staatsgewalt mußte sich die Gewerkschaftsbewegung selbstverständlich zur Wehr setzen. Aber es ist etwas völlig anderes, wenn die Gewerkschaftsbewegung sich aus freiem Willen ein eigenes Gesetz schreibt, durch welches sie sich gegen den Schaden bewahren will, den die sogenannten wilden Streiks der Gewerkschaftsbewegung selbst zufügen können.

Und nur das kann natürlich der Sinn eines solchen verschärften Streikreglements sein. Es kann gar kein Streit darüber bestehen, daß die Gewerkschaften das Recht zu derartigen Maßnahmen des Selbstschutzes haben. Die Frage ist nur, ob der von uns oben angeführte Absatz 6 der Vereinbarungen nicht doch über das Ziel hinausgeht. Ferner erscheint es uns ungewöhnlich, derartige Anweisungen als „Geheimzirkulare“ zu erteilen, falls die „Rote Fahne“, die das Zirkular so bezeichnet, es damit richtig charakterisiert. Wenn die Gewerkschaftsvorstände die Absicht haben, derartige Maßnahmen durchzuführen, dann sollten sie auch den Rat nicht fehlen lassen, sie ganz offen von den dazu bestimmten Körperschaften beschließen zu lassen und sie ihren Mitgliedern bekannt zu geben. Eine Aufklärung der ganzen Sache von authentischer Seite erscheint uns sehr erwünscht.

Die polnische Staatsschuld wird auf anderthalb Milliarden Schweizerfranken, die innere Schuld auf 38 Milliarden Polenmark berechnet.

Ausschneiden!

Die polnische Staatsschuld wird auf anderthalb Milliarden Schweizerfranken, die innere Schuld auf 38 Milliarden Polenmark berechnet.

Druckfache
 91n die
 Hauptredaktion der „Freiheit“
 Berlin G 2
 Breite Straße 8-9

Thalia-Theater

Schäm' Dich - Lotte!

7 1/2

Stürmischer Erfolg!
Premierenbesetzung

Ausschneiden!

Nur für die Abonnenten — Gültig für 1-6 Personen vom 1.-15. Dezember (außer Sonntags)

Letzter Monat!

Orchest.-Festzelt statt (60) 38 M. Parkett statt (25) 16 M.
I. Park.-Festzelt (40) 28 „ Balkon (20) 12 „
II. Park.-Festzelt (30) 22 „ Sperrplatz (15) 7 „
Originalkarten 8 Tage im voraus 10-12 Uhr und ab 6 1/2 Uhr abends

Komödienhaus

Am Freitag, 9. Dezember:

Zum 75. Male:

Die Fahrt ins Blaue

Dustspiel in 3 Akten
von Caillouet, de Fiers und Rey.

Hauptdarsteller:

Eriska Glaessner - Frieda Richard
Oiga Engl - Ernst Prückl - Heinz
Sileda - Karl Eckhof - Helene
Brahms - Jenny Marba - Charlotte
Ander - Lina Sallen - Ernst Behmer
Adolf Kurth - Paul Pruegel - Willy
Appelt - Elisabeth Bots - Robert
Klupp - Conrad Callejn.

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater

7 Uhr: König Lear

Neues Volkstheater

8 1/2 Uhr: Die Wildente

Staatstheater

7 1/2 Uhr: Die Wildente

8 1/2 Uhr: Die Wildente

Theater am Hollendorfpark

7 1/2 Uhr: Die Ehe im Kreise

8 1/2 Uhr: Die Ehe im Kreise



Niesen Weihnachts-Spielplan

Auf Teilzahlung Anzüge

Leiter Gottlieb

Billig

Rücker, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Balkkleider

Urennes Blut

Zahnklinik

Platin

Geld

Altmetalle

Achtung!

Der Andrang zu unseren Kassen ist so gewaltig, dass täglich Hunderte, die den in der ganzen Welt berühmten Universal-Kassierer Sylvester Schiller nach-schärflicher Abwesenheit aus Europa sehen wollen, keinen Kontakt mehr finden können. Wir bitten unsere Besucher, sich im eigenen Interesse im Vorverkauf von 11-2 Uhr mit Karten zu versehen.

Ufa Palast am Zoo

Trauringe

Stets vorrätig am Lager
Trauringfabrik Minoga
Berlin O, Grüner Weg 69
Filiale: Dresdener Str. 31

Dukaten-Gold 900 gest. 14 Karat. Gold 395 gest.
S Karat. Gold 315 gest.
Stück von 35,00 Mark



Henko

Henkel's Wasch-Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausnutz
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf
Preis das Paket Mk. 2,50

Pfandscheine, Brillanten Gold, Silber (Bruch) Platin, Zahngebisse
Zahn 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einschluss von auch Gold- u. Silberinszen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Rapitan
einmal geprobirt - immer geliebt. Kein Weichmach. Vers. freich. Zu kaufen in den Apotheken, Drogerien, etc. Preis 1/2 Mark. Stellen richtet ein. Originalvertrieb C. Müller, Berlin, Nichtenberger Str. 22 (Tel. 1. Rgt. 3661)

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin

Todes-Anzeige
Der Adressen zur Nachsicht, doch außer Mitglied, der Mechaniker
Felix Reusing
Berlin, Schatzstraße 41, am 1. Dezember gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium, Schatzstraße, statt.
Eher seinem Andenken:
Kege Beteiligung erachtet
Die Ortsverwaltung.

Putz-Zuarbeiterinnen

Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

Raufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W50, Tauentzienstr. 21-24

Per sofort gesucht:

Erste Verkäuferinnen
für unseren
Putz-Salon

Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

Raufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W50, Tauentzienstr. 21-24

Per sofort gesucht:

Erste Verkäuferinnen
für unseren
Putz-Salon

Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

Raufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W50, Tauentzienstr. 21-24

Trauringe

Dukaten-Gold (900 gest.) - 150 M.
333 - 585 gest. von 60 M. aufwärts
Jede Größe am Lager - Garantie
schon für geringsten Goldgehalt
sind die Ringe der Name bürgt
für Qualität und Preiswürdigkeit
Spezialhaus für Trauringe
Erich Fuhrmann, NW 37, Golzowskystr. 13.
Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch.



Ein guter Fang ist Cobu
Joseph Sie 'Cobu', Colos-Wangen-Tutter-MARGARINE
Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. Jsserstedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung:
FRANZ JOS. GFRÖRER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56. Fernspr.: Stetapl. 4848 u. 12144

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin

Todes-Anzeige
Der Adressen zur Nachsicht, doch außer Mitglied, der Mechaniker
Felix Reusing
Berlin, Schatzstraße 41, am 1. Dezember gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium, Schatzstraße, statt.
Eher seinem Andenken:
Kege Beteiligung erachtet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin

Todes-Anzeige
Der Adressen zur Nachsicht, doch außer Mitglied, der Mechaniker
Felix Reusing
Berlin, Schatzstraße 41, am 1. Dezember gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium, Schatzstraße, statt.
Eher seinem Andenken:
Kege Beteiligung erachtet
Die Ortsverwaltung.

Westmanns

Traner-Magazin
Große Auswahl billige Preise
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Fehrl. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlung ist. Amt Zentrum 7880
Sonntags geschlossen.

Gänsefedern

Die Gänsefedern, die am besten für den Federhalter sind, sind die Gänsefedern. Sie sind leicht, weich und haben eine natürliche Krümmung, die sie für den Federhalter ideal macht. Sie sind auch sehr langlebig und halten lange Zeit.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Filiale Berlin, Sebastianstr. 57-58

Achtung! Herrenmaßschneider Achtung!
Am Freitag, den 9. Dezember 1921, abends 6 1/2 Uhr findet, für die Mitglieder der Herrenmaßschneider eine
Versammlung
im „Dresdener Hof“, Waisenstr. 13, statt.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu dem Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen
2. Diskussion 3. Branchenangelegenheiten
Wir erlauben, vollständig zu erscheinen.
Star Mitglieder obiger Branche, welche mit den Beiträgen nicht über
Wochen rückfällig sind, haben Zutritt.
Die Branchenkommission.

Trauringe

Dukaten-Gold (900 gest.) - 150 M.
333 - 585 gest. von 60 M. aufwärts
Jede Größe am Lager - Garantie
schon für geringsten Goldgehalt
sind die Ringe der Name bürgt
für Qualität und Preiswürdigkeit
Spezialhaus für Trauringe
Erich Fuhrmann, NW 37, Golzowskystr. 13.
Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
"Freiheit"
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der unbedingten Auflage, dass die Exemplare der Zeitung
zum Preise von Mk. 18.— monatlich, Mk. 9.— halbmönatlich
bei freier Zustellung ins Haus
ausgeschneiden!

Die Not der Armen

Not und Elend sind ständiger Gast nicht nur bei den Arbeitlosen, den Kurzarbeitern, Kriegsoptionen, wie auch bei den karglich bezahlten Arbeitern, Angestellten und Beamten, sondern ganz besonders bei den Invaliden der Arbeit, bei den Alten, den Witwen und Waisen, deren Ernährer ihre Arbeits- und Lebenskraft dem Kapital zur Verfügung gestellt hatten und auf der Strede gelieben sind.

Vor kurzer Zeit glaubte der Reichstag, etwas für diese Armen der Armen tun zu müssen. Die Folge der Stimmbändererklärungen im Reichstage ist, daß die Invalidenrentner „im Falle der Bedürftigkeit“ monatlich etwa 140 M. Unterstützung erhalten. Was man mit 140 M. anfangen kann, dafür hat der Reichstag mit seiner bürgerlichen Mehrheit allerdings kein Rezept eronnen. Die weitergehenden Anträge unserer Genossen wurden leider von der Abstimmungsmaschine zerstückt.

Die Not der Sozialrentner wächst sich zu einem Schandmal der vielgepriesenen deutschen Kultur aus und ist schlechthin unbeschreiblich. Betteln und Bittgänge zum Armenvorsteher, dem zu seiner sozialen Stellung leider oft das mitleidende Herz fehlt, sind nicht jedermanns Sache. Der Winter wird die Not der in Frage stehenden Volksschicht ins Unermessliche steigern und für Tausende das Verhängnis weben. Es werden sich stille der Öffentlichkeit nicht bekannt werdende Tragödien in kalten Bodenstammern und in muffigen Kellerlöchern abspielen.

Es muß geholfen werden, und zwar sofort, noch vor Weihnachten, das ist die Ansicht des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen. Zu diesem Zwecke, Mittel und Wege zur Hilfe zu finden, hatte diese Organisation am Sonnabend eine Besprechung mit den Vertretern der einzelnen Stadtverordnetenfraktionen und der karitativen Organisationen anberaunt. Der Sprecher der Organisation des Elends schlug eine Hilfsaktion durch Sammlungen vor. Alle Kreise sollen zur Hilfe aufgefordert werden. Man erwartet, daß besonders die Kreise, die ungeheure Gewinne eingeheimst haben und noch immer einheimen, diese Aktion unterstützen werden. Als ein Redner die Ansicht vertrat, die Sozialrentner hätten Anspruch auf auskömmliche Renten, daß es Sache der Kommune, des Staates und Reiches sei, Mittel für diese Volksschicht zur Verfügung zu stellen, herrschte eisige Ruhe bei den Vertretern des honesten Bürgerturns. Als derselbe Redner dann forderte, durch einen Dringlichkeitsantrag im Stadtparlament die notwendigen Mittel zu beschaffen, lebhaftes Kopfschütteln von den Rechtssozialisten bis zu den Deutschnationalen.

Dafür fanden dann alle warme Worte — leere Worte — für die Notleidenden. Sie sagten, daß das reiche Bürgerturn gebührend sei und mancher Kapitalist froh wäre, von seinen Millionen gewinnen etwas abzugeben. Sie vergaßen hinzuzufügen, daß dieselben Kapitalisten lieber ihre Betriebe schließen, als ihren Arbeitern einige Pfennige Lohnzulage zu gewähren.

Schließlich wurde beschlossen, durch eine großzügige Sammlung das Elend aller Notleidenden zu mildern. Es wurde ein Hauptauschuß gewählt, der die Aufgabe hat, in Zusammenarbeit mit allen Bevölkerungsteilen, nützlichen Körperschaften, Parteien und Organisationen das Hilfswort einzuleiten und durchzuführen. Wir werden es nach besten Kräften unterstützen, bezeichnen es jedoch als eine Schmach, daß die Sozialrentner, Witwen und Waisen durch private Wohltaten unterstützt werden müssen. Erste Pflicht der Gesellschaft ist es, für die Opfer der bestehenden Gesellschaftsordnung ausreichende Unterstützungsgelder bereitzustellen. Gebt die Milliarden der Reichswehr und anderer kulturwidriger Organisationen den Armen, aber speist sie nicht mit Wohlthatigkeiten grob ab! Besitztigt die Wurzel alles Übels, das kapitalistische System, und heißt nicht mit weicher Sahne!

Die nächste Stadtverordnetenversammlung

Der Angestelltenstreik wird voraussichtlich Gegenstand heftiger Debatten in der nächsten Sitzung des Stadtparlaments am 8. Dezember sein. Die Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Volkspartei hat folgende Anfrage eingebracht:

„Welchen Gesichtspunkten ist der Magistrat bei der Belassung des letzten Streiks der Angestellten der Elektrizitätswerke gefolgt? Auf wie hoch belaufen sich die Kosten für die den Streikenden in Aussicht gestellten Zugeständnisse?“
Ebenso ist anderen Anfrägen von bürgerlicher Seite zu entnehmen, daß man das Einkommen des Magistrats zum Gegenstand heftiger Angriffe machen will. Ein Angehöriger der Deutschen Volkspartei, die sich überhaupt in inniger Gemeinschaft

mit den Deutschnationalen zur Trägerin der bürgerlichen Machtpolitik macht, verweist sich zu folgender Drohung:

Nicht minder lebhaftes Ausdrücken wird es über die vom Magistrat den Streikenden zugebilligten Lohnerhöhungen und sonstigen Zugeständnisse geben, über deren mangelhaftes Zustandekommen noch ein besonderes Wortchen zu reden sein wird. Für diese Zugeständnisse ist keine Deckung vorhanden und man wird abwarten müssen, welches Ergebnis der Magistrat von seinen Verhandlungen mit der Reichsregierung wegen einer Beihilfe für die notleidende Stadterwaltung dem Stadtparlament unterbreiten wird. Hieron wird es abhängen, ob die Stadtverordnetenversammlung es verantworten zu können glaubt, für das laufende Halbjahr weitere 100 Millionen für Lohnerhöhungen und Zuschläge zu bewilligen. Gelingt dem Magistrat dieser Nachweis nicht, so sind unter Umständen Ueberraschungen in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nicht ausgeschlossen.

Ohne daß man diesen bürgerlichen Drohungen zu großes Gewicht beilegt, erwächst doch aus dem bisherigen Verhalten der bürgerlichen Machtpolitik und aus der wichtigen Tages-

Politische Aktivität

ist in der gegenwärtigen Situation für das Proletariat bitter nötig. Deshalb auf zum Protest gegen Teuerung, Wucher und Steuerdruck!

In den 28 Versammlungen, die heute abend 7 Uhr in allen Stadtteilen Berlins stattfinden, muß Massenbesuch zu verzeichnen sein!

ordnung die Pflicht der sozialistischen Stadtverordneten, in der nächsten Sitzung vollständig anwesend zu sein!

Das Nachrichtenamt des Magistrats verbreitet eine Uebersicht über die einzelnen Umstände, die zu dem Streik der städtischen Werksangeestellten geführt haben. Die Darstellung soll wohl eine Rechtfertigung des Magistrats bedeuten. Wir wollen uns jetzt nicht im einzelnen mit der umfangreichen Zuschrift beschäftigen, da die Stadtverordnetenversammlung am nächsten Donnerstag ausgiebig Gelegenheit bieten wird, die Haltung des Magistrats zu erörtern, und im Bericht über die Sitzung das Wesentliche von der Verteidigung des Magistrats wiedergegeben werden kann. Nur einen Punkt möchten wir als ein charakteristisches Zugeständnis des Magistrats gegenüber den Behauptungen der bürgerlichen Presse und auch der Heilmannschen Korrespondenz festhalten. Der Magistrat schreibt:

„Der Magistrat wünschte, die Angestellten der Werke als Festangestellte zu behandeln, also ganz der Befehlsordnung anzuschließen. Die Angestellten dagegen verlangten einen neuen Tarifvertrag und zwar zunächst nicht zu materieller Besserstellung, sondern zur Erlangung idealer Zwecke, namentlich des Mitbestimmungsrechts. Sie erzwangen am 12. September durch einseitigen Streik die Anerkennung ihres Standpunktes. Die Aufsichtsbekörderung erkannte an, daß ein Tarifvertrag geschlossen werden könne, wenn die Höhe der Gehälter sich der Beamtenbesoldung anschleie.“

Hier ist mit aller Deutlichkeit anerkannt, daß es sich beim Streik der Angestellten in erster Linie um ein ideales Ziel handelte, nämlich um das Mitbestimmungsrecht in dem Produktionsprozeß, zu dessen Trägern auch die Angestellten gehören. Natürlich hatte der Streik außerdem den Zweck, eine Besserung in der Lebenshaltung der Angestellten herbeizuführen, denn von der

Verfolgung idealer Ziele allein wird, zumal bei der gegenwärtigen Teuerung, kein Mensch satt. Trotzdem muß nach den Anfeindungen der Angestellten durch die bürgerliche Presse dieses Eingeständnis des Magistrats festgehalten werden.

Sieg der Bäckermeister im Brodkrieg

Die Ernährungsdeputation beschloß in ihrer heutigen Sitzung angesichts der Steigerung der Getreidelöhne, der Kohlenpreise und verschiedener anderer persönlicher und sachlicher Bädereinkosten, dem Magistrat einen Brotpreis von acht Mark für das Großbrot und von 25 Pfg. für die Schrippe vorzuschlagen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorschlag des Sachauschusses ergibt sich namentlich aus der inzwischen erneut erfolgten Steigerung der Kohlenpreise.

Die bürgerliche Mehrheit arbeitet „muttergütig“, sie schauzt ihren Klassengenossen Brokte über Brokte zu. Der Hunger der arbeitenden Bevölkerung steigt täglich, aber was schert dieser Herrschaft die Not des Volkes.

Bestrafte Polizei-Rohlinge

Ende November v. Js. war bei dem Kobrnikanten Kaufhuf eingebrochen worden. Dies hatte zur Folge, daß K. häufig des Nachts aufpakte. Als er in der Nacht zum 29. November drei Männer längere Zeit in auffälliger Weise vor seinem Grundstück stehen sah erbat er telephonisch polizeiliche Hilfe. Bald darauf erschienen die Angeklagten Lippstreu und Franke, denen K. mitteilte, daß sich die drei Männer in das nebenan gelegene Lokal des Angeklagten Adam begeben hatten, obwohl die Polizeistunde längst eingetreten war. Die Beamten begaben sich in das Lokal, kamen aber bald wieder zurück mit dem Befehle, Kaufhuf solle „ausruhen“, da Adam ihn verhauen wolle. In diesem Augenblick stürzte Adam, ein sehr gewalttätiger und u. a. schon mit zwei Jahren Gefängnis vorbestrafter Mensch, aus seinem Lokal herans und schlug mit einer metallbeschlagenen Handpeitsche auf Kaufhuf los, so daß er zu Boden stürzte. Die Beamten schritten jedoch nicht ein. Als K. flüchtete und von Adam verfolgt wurde, gab er einen Schreihuf ab. Wie K. unter seinem Eide befandete, sollen die Beamten nicht nur die Mißhandlungen durch Adam gebuldet, sondern sich sogar selbst daran beteiligt haben. Ein dritter Beamter, Bräuer, würgte ihn und verfrachte ihm zwei Stöße ins Genick.

Das Schöffengericht hat, wie wir seinerzeit berichteten, Adam zu fünf Monaten, Bräuer zu vier Monaten, Lippstreu zu drei Monaten und Franke zu 900 M. Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, als Vertreter des Redemolagers K., Berufung ein und verlangte vor der Strafkammer eine höhere Bestrafung. Er wies darauf hin, daß sich in letzter Zeit die Fälle mehren, in denen Polizeibeamte, die zum Schutze der Bürger bestimmt seien, sich in roherer Weise Ausschreitungen auszulassen kommen lassen. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und erkannte gegen Adam auf neun Monate, gegen Lippstreu auf sechs Monate, gegen Bräuer auf drei Monate und gegen Franke auf zwei Monate Gefängnis.

Neue Verzweiflungsaaktionen

Amlich wird gemeldet: Bei den Straßenunruhen, die am Montag nachmittag in Berlin stattfanden und in der Gegend der Prenzlauer Allee von neuem zu Plünderungen führten, wurden von der Schutzpolizei über hundert Personen festgenommen und der Abteilung Ia des Polizeipräsidenten zugeführt. Die Festgenommenen, meist wohnungslos und halbwaehsige Burken, werden sich wegen Landfriedensbruchs vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Eine zweite Meldung lautet: Heute nachmittag 3 Uhr bewegte sich ein Zug von mehreren Hundert arbeitslosen Personen durch die Linienstraße, wo sie im Hause 134 die Schaufenster des Kleidergeschäfts Jander zertrümmerten und die Auslagen entwendeten. Darauf bewegten sich die Plünderer nach der Prenzlauer Allee, wo sie ebenfalls eine Schaufensterheide und zwar einer Bäderei zertrümmten und Semmeln und Brote stahlen. Es gelang der Polizei, 110 Plünderer in dem Restaurant von Blamann, Danziger Straße und Prenzlauer Allee Ecke festzunehmen und sie dem Polizeipräsidenten Abteilung Ia einzuliefern. Eine andere Plünderung wird aus Neukölln gemeldet. Dort zogen nachmittags gegen 2 Uhr mehrere hundert Personen durch die Bergstraße und räumten die Konditorei im Hause 46 aus.

Für die notwendige moralische Entrüstung der Spieler für heute ist gefolgt. Die bürgerliche Presse wird dafür sorgen, daß ihnen diese Nachricht in der entsprechenden „Aufmachung“ zum Kaffeetisch vorliegt. Effrig wird nach den „Drachstiechern“ ge-

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Kuball J. S. H. Copyright 1921 by Gustav Fischer & Co. G. m. b. H., Jena.

(H. Fortsetzung.)

„Sie irren sich sehr. Im Augenblick sagt mir niemand, was mir frommt. Ich will durchaus nicht unbedingte Zustimmung. . . Aber ich brauche zum mindesten eine ehrliche Auseinandersetzung. Und ich treffe überall nur Diktöpfe. Weder mit meiner Frau, noch mit meinem Schwiegervater, noch mit meinen Bekannten kann ich vernünftig sprechen. Ich habe es versucht, aber ich mußte es bald aufgeben. Ich taste jetzt ganz im Ungewissen. . . Das ist sehr unerquicklich. . . Die Leser halten mich für einen Fremder oder für einen leichten Plauderer. Darauf bin ich nun einmal abgestempelt. Niemand ändert gern seine Gewohnheiten. Ah, wenn Sie wüßten, wie ich seit zwei Monaten unter Gewissensqualen leide.“

Er sah ganz verdüstert aus. Yvonne fühlte sich durch eine herzhafte Wallung zu ihm gezogen, durch jene natürliche Mütterlichkeit, die man schon bei ganz kleinen Mädchen findet.

„Ich möchte Ihnen so gern helfen.“
„Sie meinte es aufrichtig. Er litt; vermöchte sie ihn doch zu trösten.“

„Sagen Sie mir doch, was Sie drückt.“
Er nahm ihre Hand, die sich ihm entgegenstreckte, zwischen die seinen. Er sieberte. Sie erschraf.

„Es ist unvernünftig, sich so zu quälen.“
Er preschte ihre Hand, deren Kühle ihm so gut tat und die so hart, so seidenweich war, zwischen seinen Fingern.

„Es ist sehr lieb von Ihnen, daß Sie so zu mir sprechen. Was mich drückt? Sehen Sie, ich hatte mein ganzes Leben auf gewisse Anschauungen aufgebaut. . . Und plötzlich erschleune ich ihre Schwäche. Ich weiß nicht, ob das eine Alterserscheinung ist. Vielleicht hat mir der Krieg diesen Stoß verriecht, vielleicht hat er mir sozusagen die Unterlagen fortgerissen.“

Möglichlich fragte er leise:
„Was bedeutet Ihnen nun eigentlich das Vaterland?“

Sie war erstaunt über diese glatte Frage.
Dann antwortete sie, ein wenig nach Worten suchend:
„Das Vaterland, mein Gott, das ist eine Zusammenfassung aller Franzosen, das heißt der Menschen, die mich verstehen und die ich verstehe. Es bedeutet aber auch alle Franzosen.“

die vor mir waren, es bedeutet die Ueberlieferung, die sie uns hinterlassen haben. Ich weiß nicht, mir scheint, mein Vaterland ist das Beste in meinem Leben. Es ist irgend etwas in mir, zugleich etwas Stoffliches und etwas Sittliches. Es ist all das, was uns von den anderen Völkern scheidet. Es ist so etwas wie ein wachsender Freundschaftsbund der uns alle einigt. . . Etwas, das uns hindert, in die Fremde zu ziehen, wenn es uns zu Hause schlecht geht. Es ist der Trieb, der uns zwingt, anderen Franzosen zu Hilfe zu kommen, in der Gewißheit, daß jene im Notfall dasselbe täten. Das alles ist es und noch viel mehr. Es ist die Begeisterung, die uns paßt, wenn wir in der Fremde die französischen Farben sehen, die Benutzung, die wir empfinden, wenn wir so leicht, so freundschaftlich die Schriftsteller verstehen, die unser Seelenleben zum Ausdruck bringen. Es ist unser Geschma, unser lebhaftester und klarer Bestand. Verzeihen Sie nur, ich sage das alles so durcheinander, aber man müßte sich eigentlich hüten, eine solche Frage zu stellen. . .“

Sie lächelte sanft. Das Haupt war ihr ein wenig auf die Brust gesunken. In ihrer Sprechweise lag etwas Ueberzeugendes, Befähigendes. Real wandte keinen Blick von ihr. Als sie schloß, murmelte er mit einem Seufzer der Erleichterung:
„Ah, mein Kind, wenn Sie wüßten, wie wohl mir das getan hat.“

„Im Ernst?“
„Gewiß. Alles, was Sie da gesagt haben, ist ja so richtig. Es hört sich so gut an.“

Er erhob sich und schritt durch das Zimmer.
„Aber sagen Sie mir noch eins: das Vaterland zwingt mich doch nicht, die anderen zu hassen und zu verachten, beleidigend, gehässig, ehrgeizig, kriegerisch zu sein?“

„Gewiß nicht.“
„Und doch sind die Leute, die sich als Patrioten ausgeben, fast alle so.“

Sie erwiderte schüchtern und zögernd, ob sie ihm widerprechen dürfe:
„Das ist vielleicht Sache des Temperaments. Jawohl, Sie haben recht. Manche Leute sind so, wie Sie sagen. Solche können natürlich so gut wie die anderen Patrioten sein. Aber noch Patriotismus nichts wissen wollen, weil solche Leute ihn ausüben — nein! Beurteilen Sie die Vaterlandsliebe unabhängig von solchen Bekennern. Warum soll man Ideen und Personen vermengen?“

Real setzte sich wieder zu ihr:

„Sie sind die Klugheit in eigener Person. Warum kann ich Sie nicht immer bei mir haben? Sie würden mir in den bösen Stunden des Zweifels beistehen.“

Er betrachtete sie mit Zärtlichkeit. Sein Herz schlug beschleunigt. Er hatte wieder ihre Hand gefaßt, die sie ihm in der Erregung über ihren wohlthätigen Einfluß ließ. Wirklich, sie wäre gern öfter bei ihm gewesen. . .

„Hör' mal, Jacques. . .“
„Hör' mal, Jacques, hast du nicht das Telephonbuch? Ich suche es überall.“

„Hier“, versetzte Real.
„So, ich dachte mir's.“

Sie grüßte Yvonne frohlich und verließ das Zimmer.
Dieser Zwischenfall störte ihre Gemütsruhe. Sie machte sich an die Arbeit und sprach, nach ihrer Gewohnheit, bis Mittag kein Wort miteinander.

Nachmittags befragte Frau Real ihren Mann:
„Was hattest du denn deiner Sekretärin zu erzählen, als ich zu dir kam?“

„Ich? Gar nichts. Was soll ich ihr denn erzählt haben?“
„Nichtvergnügt verzog sie den Mund.“

„Ich sagst doch alle beide auf dem Kanapee! Es kam mir sogar vor, als hättest du sie an der Hand gehalten.“

„Ich? Aber Melanie, du bist nicht bei Trost. . .“
„Sie ist für ihren Beruf reichlich hübsch, diese Kleine. Ich habe nicht viel Zutrauen zu ihr. . .“

Er spielte den Entrüsteten.
„Was willst du eigentlich? Du weißt doch, daß sich Julie, die sie seit langem kennt, unbedingt für ihre Moral verbürgt.“

„Sehr schön. Auch für die deine?“
Er zwang sich zum Lachen.

„Aber, liebe Melanie! Du meinst doch nicht mich?“
„Laß das Versteckenspiel! Jedenfalls meint sie dich. Ich bin ganz sicher, ich habe es gefühlt, als ich eintrat. Du weißt doch, wir Frauen unter uns. . .“

Um ihn vor einem Abenteuer mit vielleicht ärgerlichen Folgen zu warnen, setzte sie hinzu:
„Du weißt, daß es Damen in Stellung gibt, die sich gern mit verheirateten Männern einlassen. Besonders mit solchen, wie du einer bist. Bitte, laß dich von deiner Sekretärin nicht betören. Du würdest dich nämlich lächerlich machen. Jedenfalls bist du gewarnt.“

Höchst verdiehllich rauschte sie aus der Stube.
(Fortsetzung folgt.)

